



WAS UNNS ALLE EINT

30 JAHRE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Menschen, die Klimakrise interessierte, interessierte auch Lösungen



**Der Blick fürs Ganze
Jeden Samstag**

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Ein Bündnis für die Zukunft



Zeitzeug*innen spricht, der erfährt von zähen, monatelangen Verhandlungen, von unterschiedlichen Welten und Vorstellungen, die damals aufeinandertrafen. Warum das Projekt dennoch gelang? Weil es eine Basis unverrückbarer Werte gab, die ostdeutsche Bürgerbewegte und westdeutsche Grüne teilten: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Dafür war man bereit, aufeinander zuzugehen. Differenzen zu überwinden. Brücken zu bauen. So legten die Unterhändler*innen damals den Grundstein für die bündnisgrüne Erfolgsgeschichte.

Auf diese Erfahrungen kommt es heute an – mehr denn je. Auch heute gilt es, Bündnisse zu schmieden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt neu zu stärken. Auch heute gilt es, die Demokratie entschlossen zu verteidigen, für Freiheit und gegen alles Totalitäre einzutreten – hierzulande, in unserer Europäischen Union wie auch in Solidarität mit den Menschen in der Ukraine. Und: Auch heute gilt es, sich auf Augenhöhe zu begegnen zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Transformationserfahrungen der Menschen aus den „neuen Bundesländern“ sind von unschätzbarem Wert, wenn wir die sozial-ökologische Transformation gemeinsam schaffen wollen.

Die vorliegende Ausgabe widmet sich unserem Jubiläum in 30 größeren und kleineren Geschichten, die unterschiedliche Perspektiven eröffnen. Wir feiern, lernen, diskutieren, blicken zurück – vor allem aber nach Vorne, auf die Aufgaben, die vor uns liegen. Unsere gemeinsame Geschichte gibt uns die Kraft, sie zu meistern.

Eure Emily

Wir haben Grund zu feiern! Vor 30 Jahren begann unsere gemeinsame Geschichte. Auf dem Leipziger Vereinigungsparteitag im Mai 1993 schlossen sich Bündnis 90 und die Grünen zusammen. Dass nach der friedlichen Revolution in der DDR eine ost- und eine westdeutsche Partei fusionierten, ist einmalig in unserer Parteienlandschaft. Ein seltenes Beispiel einer deutsch-deutschen Vereinigung auf Augenhöhe.

Was mich bewegt: Wie viel wir aus den Ereignissen von damals für heute lernen können.

Denn die Fusion war kein einfacher Prozess. Wer mit

30 JAHRE
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unsere Feier
am 6. Mai 2023

Wir sind miteinander gewachsen und haben Vieles gemeinsam bewegt, seit Bündnis 90 und Grüne am 14. Mai 1993 zu einer Partei wurden. Das wollen wir feiern!

Am 6. Mai 2023 schauen wir auf 30 Jahre gemeinsame Geschichte – und auf unsere Zukunft. Wir wollen an diesem Tag debattieren, Bündnisse für gesellschaftliche Transformationen stärken, unsere gesamtdeutsche Geschichte feiern und unseren Einsatz für Freiheit und Demokratie beleuchten. Dazu findet in Leipzig eine feierliche Veranstaltung mit vielfältigem Programm statt. Weitere Infos folgen via Grüne Info!



DAS MAGAZIN DER GRÜNEN



Marianne Birthler (rechts), geboren in Berlin-Friedrichshain, war Bürgerrechtlerin in der DDR, Mitgründerin von Bündnis 90, Abgeordnete, Ministerin und – zusammen mit Ludger Volmer – erste Vorsitzende der fusionierten Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mehr als zehn Jahre lang trieb sie als Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen die Aufarbeitung der SED-Diktatur voran.

01 ●

„FREIHEIT UND DEMOKRATIE GEHÖREN IMMER ZUSAMMEN“

Marianne Birthler und Emilia Fester

Zwei Generationen grüner Politikerinnen – ein Thema: unsere Demokratie. Wie machen wir sie fit für die Zukunft?

Ein nasser Montagmorgen im Jakob-Kaiser-Haus des Bundestags. Emilia Fester ist schon da, mit Maske, erkältet. Marianne Birthler schüttelt den Niesel vom Mantel und streckt beherzt die Hand aus: Hallo, Milla! Die beiden gehen in einen fotogenen Raum mit Blick auf den Reichstag. Leider im Gang der AfD-Abgeordneten. Irgendwie passend: Schließlich wollen sie besprechen, wie man unsere Demokratie und offene Gesellschaft bewahrt.

Wie würden Sie beide jemandem erklären, wer Ihre Gesprächspartnerin ist?

Emilia Fester: Marianne Birthler ist ein Urgestein unserer Partei. Sie hat unfassbar viel erlebt und ungefähr jedes Amt mal innegehabt, auch das der Bildungsministerin in Brandenburg, richtig? (*Marianne Birthler nickt schmunzelnd.*) Sie ist eine wichtige Persönlichkeit der deutsch-deutschen Geschichte. Eine prägende Figur der friedlichen Revolution in der DDR. Eine sehr spannende Frau! **Marianne Birthler:** Und Emilia Fester ist eine lebhaftige Frau Mitte 20, die gerne übertreibt! Aber das sieht man ihr nach, weil sie eine Theaterfrau ist. Sie hat da gearbeitet, bevor sie in den Bundestag kam und das finde ich gut, denn hier braucht es mehr Künstlerbiografien und junge Leute. Sie engagiert sich sehr für Klimaschutz und für Gerechtigkeit.

Bündnis 90 wurde von Bürgerrechtler*innen – wie Ihnen, Frau Birthler – gegründet, die in der DDR für Freiheit und Demokratie kämpften. Wie vermitteln Sie jungen Menschen heute, was damals geschah?

Birthler: Ich spreche oft mit Schüler*innen und frage, was sie darüber wissen, dass Deutschland mal geteilt war. Manchmal kommt da verrücktes Zeug, aber ein bisschen was wissen sie und dann gelangt man zu der Frage: Was ist der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur? Und ich spreche darüber, wie politische Macht legitimiert wird, nämlich nur durch freie Wahlen. Dann erkläre ich, dass es in der DDR eine friedliche Revolution gab, weil die Menschen frei sein und in einer Demokratie leben wollten. Freiheit und Demokratie gehören ja immer zusammen.

So viel Einsatz für Demokratie wünscht man sich heute. Frau Fester, wie erklären Sie anderen jungen Menschen, warum Sie politisch aktiv wurden?

Fester: Als Jugendliche sehen wir, dass die Welt in planetaren Krisen steckt und unsere Zukunft nicht mitbedacht wird – es geht oft nur um kurzfristigen Profit. Deshalb habe ich mich engagiert. Dabei habe ich nie gedacht: Wenn ich groß bin, will ich in

Interview: Nataly Bleuel, Bilder: Tobias Kruse / OSTKREUZ

den Bundestag. Ich wollte die Welt verändern und habe gemerkt: Was ich in Kunst und Theater machen kann – das reicht nicht. Ich will proaktiv die Regeln ändern. In meiner Abi-Zeitung stand allerdings unter „Was Milla mal wird?“ schon damals: „Merkel!“ **Birthler:** Wunderbar! Aber das kommt nicht von allein. Man braucht für die aktive Politik unter anderem zwei Qualitäten: einen nüchternen Blick auf die Realität und den Willen, Probleme zu lösen. Und man sollte sich etwas zutrauen. Letzteres wird manchen leider schon als Kind aberzogen.

Nur 39 Prozent der Ostdeutschen sind heute mit unserer Demokratie zufrieden. Was passiert da?

Fester: Einerseits gibt es Menschen, die von der Politik frustriert sind, weil sie ihnen zu langsam und weichgespült erscheint – etwa bei der Bewältigung der Klimakrise. Andererseits gibt es Leute, die sich tatsächlich nach einem hierarchischeren System sehnen. **Birthler:** Nach einem guten König, der für sein Land sorgt... Wir sprechen hier aber nicht über ein rein ostdeutsches Problem. In vielen Ländern gibt es Menschen, denen Freiheit offenbar nicht so viel bedeutet. Vermutlich aus Angst, Entscheidungen treffen zu müssen, Fehler zu machen, Verantwortung zu übernehmen. Der älteren ostdeutschen Bevölkerung wurde das regelrecht abtrainiert. In der DDR bekamen freie, selbstbestimmte Menschen immer wieder eins auf die Schnauze.



Emilia Fester (links), geboren in Hildesheim, zog 2021 im Alter von nur 23 Jahren als jüngste Abgeordnete in den Bundestag ein. Zuvor war sie frauenpolitische Sprecherin der Grünen in Hamburg und Mitglied des Landesvorstands.

Hatte die Wende da nicht eine befreiende Wirkung?

Birther: Ja natürlich. Aber viele Ostdeutsche mussten auch erfahren, dass sie nach der Revolution beruflich wieder bei Null anfangen mussten. Auch, dass der Westen einen großen Erfahrungsvorsprung hatte. Das hat sie verunsichert und ihnen das Gefühl vermittelt, nicht gleichberechtigt zu sein. Ich war als Ministerin eigentlich privilegiert. Und dennoch habe ich manchmal selber so etwas erlebt. Zum Beispiel, wenn ich eine wirklich gute Idee hatte und dann in der Morgenbesprechung freudestrahlend davon erzählte. Wenn es dann hieß, ach, das haben wir schon vor zehn Jahren probiert, das klappt nicht, fühlte ich mich irgendwie beschämt, zumal wenn sich später herausstellte, dass die anderen Recht hatten. Es war schmerzhaft, das Gefühl vermittelt zu bekommen, vieles erstmal neu lernen zu müssen.

Fester: Als junge Abgeordnete hören wir das auch: Ihr müsst erst mal was lernen, bevor ihr das Anrecht habt, mitzuentcheiden!

Birther: Das Anrecht hast du immer!

Fester: Ja, genau. Ich würde aber zur „Demokratieverdrossenheit“ gern hinzufügen, dass es natürlich sowohl im Westen als auch im Osten auch geschlossene rechte Weltbilder gibt.

Birther: Es gibt auch geschlossene linke Weltbilder.

Fester: Die sind aber nicht per se undemokratisch.

Birther: Da kann ich dir aber Geschichten erzählen!

Fester: Worauf ich hinausmöchte: Der Populismus bietet einfache Antworten für verunsicherte Menschen in einer schwierigen Lage, gepaart mit einer ausgeprägten Demokratiefeindlichkeit.

Wie kann man Menschen für Demokratie und Mitbestimmung motivieren?

Fester: Politische Veränderungen müssen für die Menschen spürbar ihre Lebensrealitäten verbessern. Das heißt zum Beispiel, dass wir die Bedürfnisse junger Menschen in der politischen Willensbildung beachten. Da haben wir mit der Absenkung des Wahlalters auf EU-Ebene schon einen guten Schritt gemacht – und gehen mit der Festschreibung der Kinderrechte im Grundgesetz hoffentlich bald einen weiteren! Echte Partizipation ist essentiell, um Menschen für Demokratie zu begeistern, ebenso wie Demokratiebildung. Damit Politik glaubwürdig und transparent ist, sollten wir eine verständliche Sprache wählen und Strukturen fördern, in denen sich Menschen bereits engagieren.

Hat das Internet unsere Kommunikations- und Streitkultur verschlechtert?

Birther: Propaganda und massenhafte Verdummung funktionieren auch ohne soziale Medien, wie die Nazizeit gezeigt hat. Die hatten nicht mal alle Telefone und waren trotzdem begeisterte Hitler-Anhänger und schrien „ja“, als Goebbels zum totalen Krieg aufrief. Wichtig ist auch zu wissen, dass man immer nur einen Bruchteil der Menschen für politisches Engagement begeistern kann. Das ist heute mit Fridays for Future das Gleiche wie damals in der DDR. Oft reicht aber eine engagierte Minderheit, um Großes in Gang zu setzen. Andere lassen sich lieber vertreten. Das Vertrauen dieser Leute darf man nicht verspielen. Es leidet manchmal auch durch schlecht funktionierende Bürokratie. Manche sind in Wahrheit eher bürokratie- als politikverdrossen. Sie verstehen die Briefe aus den Ämtern nicht oder müssen monatelang auf einen wichtigen Termin warten. Bürokratie ist aber

so etwas wie die Benutzeroberfläche der Demokratie. Die muss funktionieren, das gehört zur politischen Verantwortung.

Fester: Für die Streitkultur ist die Anonymität des Internets allerdings ein Problem. Debatten können leichter verrohen, wenn sie anonym geführt werden. Wir dürfen das Internet nicht der rechten Hetze überlassen. Wir müssen besser darin werden, dort das Recht durchzusetzen, indem wir mehr kompetente Ermittler*innen einstellen und die Staatsanwaltschaften stärken. Dann können die sozialen Medien zur Debattenkultur beitragen.

Birther: Sehe ich auch so. Das Problem ist nur, dass Unrechtsstaaten, in denen Menschen auf anonyme Kommunikation angewiesen sind, auf alle Daten zugreifen können. Es ist ein Dilemma, dass man die einen überführen und die anderen schützen muss. Davor darf sich die Politik nicht wegducken. Aber was tun Politiker*innen, wenn sie keine Lösung haben?

Fester: Expert*innen fragen!

Birther: Trauen sich Politiker*innen dann zu sagen: Tut uns leid, wir wissen noch nicht, wie man es macht?

Fester: Das ist ein wichtiger Punkt: Man muss und darf nicht alles wissen. Das ist auch ein Problem des Patriarchats: dass man immer behaupten muss, der Klügste, Schnellste und Beste zu sein. Fehlerkultur ist ein wichtiger Teil von Streitkultur – und Teil der grünen DNA. Damit kommen wir weiter.

Zum Schluss: Was bedeutet es Ihnen beiden, dass nach 30 Jahren das „Bündnis 90“ noch immer dem Parteinamen voransteht?

Fester: Ich finde das wichtig, auch für parteiinterne Debatten. Denn im Namen steckt unsere historisch gewachsene Identität, die zeigt, dass wir eine Bewegung aus vielen unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Initiativen sind. Darauf sollte man immer wieder pochen, auch in Regierungsverantwortung.

Birther: Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Außer dass ich das „90“ allmählich weglassen würde. Ich spreche seit einiger Zeit immer von den Bündnisgrünen – das genügt als Parteiname!

02 ●

RÜCKBLLENDE:
„WIR SIND HIER, WEIL WIR HOFFNUNG HABEN.“

Mit diesen Worten wendet sich Marianne Birther am 4. November 1989 an die Menschen auf dem Alexanderplatz. Hunderttausende sind gekommen. Es ist die größte nichtstaatliche Demonstration der DDR-Geschichte: gegen Gewalt, für Freiheit und Rechtstaatlichkeit. Die friedliche Revolution nähert sich dem Höhepunkt und viele ihrer prägenden Figuren entstammen den Bürgerbewegungen, aus denen bald darauf Bündnis 90 entsteht. Wie Marianne Birther, die für die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ ans Mikrofon tritt – und Klartext spricht: „Wir müssen über die Fragen der Macht nachdenken und darüber, wie Macht kontrolliert werden kann.“ Fünf Tage später fällt die Mauer.

03 ●

GRÜNE MEINEN:
WAS KANN GRÜN IM OSTEN?

Steffi Lemke, Bundesumweltministerin

„Wir haben in Ostdeutschland große Aufgaben vor uns: Kohleausstieg, Strukturwandel und Klimavorsorge angesichts zunehmender Dürren und Hochwasserereignisse. Wir Grüne sind gut darin, solche Zukunftsthemen durchzudenken, Perspektiven aufzuzeigen und mitzugestalten. Dort, wo wir mitregieren, fördern wir Umwelt-, Klimaschutz und Gerechtigkeit. Diese Themen bewegen viele Menschen im Osten seit jeher. Ich habe aktiv an der friedlichen Revolution 1989 teilgenommen. Eine Triebfeder war der Protest der DDR-Umweltbewegung, die die Zerstörung der Natur nicht mehr hinnehmen wollte. In meine Arbeit als Umweltministerin fließt die ostdeutsche Perspektive natürlich ein, sei es bei der Renaturierung der Unteren Havelniederung, dem Schutz des Biosphärenreservats Mittlelbe oder der Entwicklung der Bergbaufolgelandschaften.“



Text rechts: Gero Günther, Bilder: Bundesregierung/Steffen Kugler (unten), Aram Radomski, © Robert-Havemann-Stiftung (rechts)



04 ●

GIFTMÜLL, LÜGEN UND VIDEO:
WIE DIE UMWELTBIBLIOTHEK
DIE FRIEDLICHE REVOLUTION
BEFEUERT

Siegbert Schefke, freier Journalist
und DDR-Bürgerrechtler

Berühmt geworden ist Siegbert Schefke mit Aufnahmen, die das SED-Regime mit allen Mitteln verhindern wollte. Zusammen mit seinem Freund Aram Radomski filmte der damals 30-Jährige die erste große Leipziger Friedensdemonstration 1989. Heimlich, von einem Kirchturm aus. Das Material wurde in die BRD geschleust und weltweit ausgestrahlt. Und weil fast alle DDR-Bürger*innen Westfernsehen empfangen, kam die dringend gebrauchte Ermutigung so auch bei ihnen an.

Es war nicht sein erster Coup. Schefke hatte schon etliche Reportagen gedreht, die kein Ostsender je ausgestrahlt hätte. Über zerfallende Städte und die massiven ökologischen Probleme der DDR. Dass die Genossen für einige der schlimmsten Umweltsünden Europas verantwortlich waren, befeuerte die Oppositionsbewegung. Einmal war Schefke über den Zaun einer Deponie geklettert, um Giftmüllfässer vor die Linse zu kriegen. Plötzlich rannte ein Wachhund auf ihn zu. Die Flucht gelang in letzter Minute. Nächtl-

che Übergaben, wildes Improvisieren und Verhaftungen gehörten zum Alltag des studierten Oberbauleiters. Kein Wunder, dass in Hollywood darüber nachgedacht wird, Schefkes Leben zu verfilmen. Koordiniert wurden die riskanten Aktionen in der Umweltbibliothek in der Ostberliner Zionskirche. „Zwei schimmelige Keller Räume und ein paar Meter Bücher.“ Hier traf sich seit 1986 der harte Kern der ostdeutschen Ökoaktivisten, um Seminare, Ausstellungen und Vorträge zu planen und Zeitschriften zu drucken. Stets mit dem Stempel „Nur für den innerkirchlichen Gebrauch“. Schikaniert und verhört wurden Schefke und seine Freunde trotzdem. Einmal drückte ihm die Stasi einen neuen Pass in die Hand. „In 20 Minuten können Sie im Westen sein“. Schefke weigerte sich, die DDR zu verlassen. Er wollte „diesen Drecksladen“ ja verändern.

Am Ende, so Schefke, sei der Opposition etwas gelungen, was niemand für möglich gehalten hatte. Aus der friedlichen Revolution könne man immer noch Mut schöpfen. „Auch Diktaturen haben eine begrenzte Lebensdauer.“ Heute setzt der 64-Jährige seine Hoffnung in Gruppen wie Fridays for Future und „junge, kluge Frauen“ wie Luisa Neubauer, Ricarda Lang oder seine Töchter. „Sensationell, wie die sich gegen die alten weißen Männer durchsetzen.“

Buchtip: Siegbert Schefke, „Als die Angst die Seite wechselte“, Transit Verlag

05 ●

BUCHTIPP:
„Das letzte Jahr“ von Martin Gross

1990, kurz nach dem Fall der Mauer: Der westdeutsche Autor Martin Gross zieht nach Dresden, um das letzte Jahr der DDR mitzuerleben – und zu protokollieren. In kurzen Geschichten und Notizen erzählt er, wie die Menschen den Umbruch im Alltag wahrnehmen und bewältigen. Er porträtiert Personen wie den Bewacher eines früheren Stasi-Gefängnisses, den Filialleiter eines Supermarktes, die Bodyguards eines Ministers und die Reinigungskräfte eines Regierungsgebäudes. Sein Buch erscheint 1992, gerät dann aber in Vergessenheit. Nach 30 Jahren wiederentdeckt, feiert die Kritik Gross' Buch heute: „Hellsichtig, melancholisch, stilistisch brillant“, schreibt etwa die Süddeutsche Zeitung. Erschienen bei Spector Books.



06 ●

In den letzten Jahren zogen mehr Menschen von Westdeutschland nach Ostdeutschland als umgekehrt. Ein positiver Wanderungstrend zeigt sich besonders bei den 18- bis 25-Jährigen.

OST UND WEST HEUTE

Junge Menschen zieht es vor allem zum Studium vermehrt nach Ostdeutschland. Es profitieren allerdings in erster Linie Ballungsräume, auf dem Land ist die Bevölkerungsentwicklung weiter rückläufig. Quelle: Statistisches Bundesamt; Zeitraum 2017 bis 2021.

07 ●

RÜCKBLENDE:
„VOLLENDEN UND AUFBRECHEN“

Diese Worte schreiben die Gründer*innen des Bündnis 90 im September 1991 über ihre Willenserklärung. Ihr Ziel: Der Geist der DDR-Bürgerbewegung soll nach der friedlichen Revolution fortbestehen. Das geht nur gemeinsam. Die drei wichtigsten Bewegungen – „Demokratie Jetzt“, „Initiative Frieden und Menschenrechte“ sowie Teile des „Neuen Forums“ – schließen sich zu einer Partei zusammen. Ihren Idealen bleiben sie treu: „Dem Berufspolitikertum setzen wir die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger entgegen“, erklären die Gründer*innen. Doch um den politischen Erfolg im geeinten Deutschland dauerhaft zu sichern, muss der basisdemokratische Ansatz in Parteistrukturen eingebettet werden.

Bilder: Spector Books, Tobias Kruse / OSTKREUZ



08 ●

ZEITZEUG*INNEN:
„DIE GRUNDWERTE WAREN ENTSCHEIDEND“

Die Fusion war eines der wichtigsten Projekte meiner politischen Laufbahn. Ab April 1991 war ich als Parteivorsitzender der Grünen für den Prozess verantwortlich. Die West-Grünen hier und die Ost-Grünen sowie Bündnis 90 dort – wir waren getrennt durch die gemeinsame Sprache. Die Worte waren dieselben aber der Gehalt unterschied sich oft dramatisch. Als Beispiel das Wort „links“: für die Ostler synonym für Unterdrückung, für die Westler für Emanzipation. Wichtig war es herauszufinden, ob hinter der missverständlichen Sprache eine gemeinsame Ethik stand oder ein unüberbrückbarer Interessenunterschied. Die Grundwerte waren entscheidend, nicht das gesprochene Wort. Auf Seiten der Grünen verhandelte ich in monatelangen Gesprächen den Grundkonsens. Wäre die Fusion gescheitert, gäbe es beide Gruppierungen heute wohl nicht mehr als ernstzunehmende bundespolitische Kraft. Für die Zukunft ist mir wichtig: Das zentrale Anliegen der Bürgerrechtler, Demokratie zu erweitern und zu vertiefen, Menschenrechte zu verteidigen, gesellschaftlichen Wandel friedlich zu organisieren, ist immer noch nicht hinreichend eingelöst. Es kann dabei nicht nur um rein formale Demokratie gehen. Solange individuelle Freiheit von der materiellen Lage abhängig ist, gibt es keine Freiheit. Solange sich Freiheit am Privateigentum bemisst, ist sie ein Privileg der Wohlhabenden.

Ludger Volmer war von 1991 bis 1994 Parteivorsitzender – zunächst der West-Grünen, dann der fusionierten Partei. Heute ist er Publizist und u. a. Autor des Buches „Die Grünen – von der Protestbewegung zur etablierten Partei“.

09 ●

„WIR MÜSSEN SICHERHEIT VERMITTELN“

Emily Büning, politische Geschäftsführerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wie lebt die Bündnisidee von vor 30 Jahren in der heutigen Partei weiter? Emily Büning über Basisdemokratie, Mitsprache und neue und bestehende Bündnisse.

Was hat die Fusion von Bündnis 90 und den Grünen damals mit der politischen Kultur der Partei gemacht? Und wie wirkt das bis heute nach? Die Fusion hat die Partei gestärkt. Wir haben voneinander und miteinander gelernt. Die Grünen kamen damals von links aus den Bewegungen der 68er, Bündnis 90 war eine aus der bürgerlichen Mitte stammende Kraft. Diese Mischung war natürlich auch eine Herausforderung, hat aber den Grundstein für unsere heute einzigartige DNA gelegt. Wir schöpfen aus dem mutigen Eintreten der Bürgerrechtler*innen für Demokratie und Freiheit bis heute enorme Kraft.

Es gab ja bei den basisdemokratisch geprägten ostdeutschen Bürgerrechtler*innen anfangs starke Bedenken, sich überhaupt in einer Parteistruktur zu engagieren... Unsere Wurzeln in der Bürgerrechtsbewegung stärken auch heute noch unseren Anspruch, Bürger*innen auf unserem Weg mitzunehmen. Nehmen wir die Energiepolitik, wo für uns die Rolle der Bürgerenergie zentral ist. Parteiintern eint uns eine einzigartige basisdemokratische Kultur, und die gilt es auch als wachsende Partei zu pflegen. Wir haben den Anspruch, dass sich jedes Mitglied aktiv in die Parteiarbeit einbringen kann, sei es bei den Mitgliederversammlungen auf Kreisebene oder in unseren Arbeitsgemeinschaften.

Die Grünen verstehen sich auch heute als Bündnispartei. Was bedeutet das? Wir wurden als Bündnispartei gegründet, im Westen wie im Osten. Von der Anti-

Atom- und der Frauenbewegung bis zur Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung haben wir seit unserer Gründung diverse Gruppen von Aktivist*innen & politisch interessierten Menschen verbunden. Es bleibt unsere Aufgabe, auf die Menschen in Bewegungen, in Vereinen und Verbänden, auf die Wirtschaft zuzugehen, mit ihnen in Austausch zu treten. Denn nur wenn wir gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft die Transformationsprozesse anschieben, können sie erfolgreich sein.

Welche Rolle spielt die Kommunalpolitik dabei? Vor Ort spielen Vereine, Verbände, die Freiwillige Feuerwehr, Jugendorganisationen eine wichtige Rolle. Die müssen wir unterstützen und stärken, denn unsere Demokratie lebt von einer aktiven Zivilgesellschaft. Zudem ist es entscheidend, dass sich viele unserer Mitglieder in den kommunalen Räten und Parlamenten engagieren, denn dort werden jeden Tag bedeutsame Entscheidungen getroffen. Es ist so wichtig, dass kompetent geplant wird, wie der Radweg verläuft oder wo die Fläche für das Windrad freigegeben wird. Klimaschutz wird vor Ort gemacht.



Was kann man tun, damit die Bündnisse mit den Bürger*innen im Osten erneuert und gestärkt werden? Dort tun sich die Grünen ja mancherorts schwer... Oft wird im öffentlichen Diskurs ausgeblendet, wie tief unsere Wurzeln im Osten sind – und wie viele Menschen in unserer aktuellen Führung von dort kommen. Wir müssen noch besser darin werden, unsere politischen Konzepte zu erklären um die Menschen gerade auch in den ländlichen Räumen zu erreichen. Wir stehen dafür, dass die Infrastruktur, die für das Leben notwendig ist, auch regional erhalten bleibt, wie der Dorfladen, die ärztliche Versorgung oder Geburtshelfer*innen. Die Antworten auf die Herausforderungen im Osten sind grün: Intel zum Beispiel kommt jetzt nach Sachsen-Anhalt, weil es dort Stromnetze mit erneuerbaren Energien gibt. Wir sind eine Partei, die immer für Veränderungen gekämpft hat, aber wir müssen den Menschen in diesen krisenhaften Zeiten auch Sicherheit und Vertrauen vermitteln.

Ein zentrales Bündnis ist auch das mit der Klimabewegung. Es schien zuletzt auf eine harte Probe gestellt... Natürlich fordert die Klimabewegung mehr, als wir in der Regierung umsetzen können. Es wäre seltsam, wenn das anders wäre. Auf der anderen Seite haben wir zwei verschiedene Rollen: Wir müssen Kompromisse beim Klimaschutz täglich in zähen Verhandlungsprozessen durchsetzen. Die Bewegung muss darauf aufmerksam machen, wo es nicht reicht und nicht schnell genug geht. Ich finde es beeindruckend, wie viele Menschen nach wie vor für Klimaschutz auf die Straße gehen. Das ist ein gutes Zeichen. Wir brauchen diesen Druck.

Es ist deine Aufgabe, den Laden zusammenzuhalten. Liegt dir diese Rolle? Absolut. Als Partei können wir nur erfolgreich sein, wenn wir vom Orts- bis zum Bundesverband als Einheit agieren. Ich mag es, verschiedene Perspektiven zusammenzubringen, Dialoge ins Leben zu rufen, Gemeinsamkeiten zu finden. Ich hatte mir das Ziel gesetzt, im ersten Jahr alle 16 Landesverbände zu besuchen, das ist gelungen. Wir haben es geschafft, in diesen schwierigen Zeiten sehr geschlossen zusammenzustehen. Darauf können wir als Gesamtpartei stolz sein.

10 ●

Nur 26 Prozent der Elitepositionen in Ostdeutschland sind heute von Ostdeutschen besetzt. Dabei stellen sie dort mehr als 80 Prozent der Bevölkerung.

OST UND WEST HEUTE

Eine Studie von MDR und Universität Leipzig betrachtete 2022 die Quote Ostdeutscher in Top-Positionen in Politik, Wirtschaft, Medien, Justiz und Wissenschaft. Fazit: Ostdeutsche sind deutlich unterrepräsentiert – und ihr Anteil steigt nur langsam an. Bundesweit haben Ostdeutsche nur 3,5 Prozent der Top-Posten inne – bei einem Bevölkerungsanteil von 17 Prozent.



11 ●

FILMTIPP: „COMING OUT“

Es war eine Sensation mit erstaunlichem Timing. Am 9. November 1989 feierte „Coming Out“ Premiere: der erste und einzige Film der DDR, der das Thema Homosexualität in den Mittelpunkt der Handlung stellte. Sieben Jahre lang hatte Regisseur Heiner Carow um diesen Film gekämpft. Er erzählt die Geschichte des Lehrers Philipp, der sich zwischen seiner Partnerin und der Liebe zu seinem Freund Matthias entscheiden muss. Ein Film, der Tabus brach, an einem Tag, der Fesseln sprengte. Noch am Abend der ersten Vorführung erfuhren die Kinobesucher*innen: Die Mauer war gefallen.

12 ●

WIE BÜNDNIS 90 DEN GRÜNEN BLICK FÜR MENSCHENRECHTE IN OSTEUROPA SCHÄRFTE
Von Marko Martin, Schriftsteller und Publizist

Ist die unmissverständliche Haltung der Grünen zur Hilfe für die brutal angegriffene Ukraine tatsächlich jener „Wendepunkt“, als der er mitunter in den Medien beschrieben wird? Was den militärischen Aspekt betrifft – gewiss. Der präzise Blick auf diktatorische Machtstrukturen aber hat gewissermaßen Tradition.

Bereits in den Jahren vor 1989 hatten Grüne der ersten Generation wie Eva Quistorp und Petra Kelly, Marieluise Beck, Ralf Fücks, Lukas Beckmann oder Milan Horáček in Bezug auf die spätotalitären Ostblock-Regimes Klartext gesprochen und tätige Solidarität mit den dortigen Oppositionellen geübt. Dabei gehört es zur historischen Wahrheit, dass solches Engagement keineswegs immer unumstritten war und bisweilen sogar unter Verdacht gesetzt wurde, „den Frieden zu gefährden“.

Dann kamen nach dem Mauerfall die ostdeutschen Bürgerrechtler*innen dazu – und mit ihnen die existenzielle Erfahrung, dass Frieden ohne Gerechtigkeit vor allem Friedhofsrieden ist. So war es dann auch Menschen wie Marianne Birthler, Joachim Gauck und Wolfgang Templin zu verdanken, dass ein progressiver Freiheitsbegriff und illusionslose Osteuropa-Expertise bei den Grünen, nunmehr um Bündnis 90 erweitert, weiterhin eine Heimstatt haben konnten.

Bei all dem nicht zu vergessen das Engagement des Schriftstellers und ehemaligen Stasi-Häftlings Jürgen Fuchs in der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung. Die neue Generation, die inzwischen herangewachsen ist, kann stolz darauf sein, auf solchen Schultern zu stehen. Auch wenn sie es vielleicht (noch) gar nicht weiß. Zeit, etwas Gutes wiederzuentdecken.

Marko Martin, geboren 1970, verließ im Mai 1989 als Kriegsdiensttotalverweigerer die DDR und lebt als freier Schriftsteller in Berlin. Im Fokus seines Schreibens stehen die Menschenrechte im Zeitalter der Globalisierung sowie die Geschichte der Dissidenten Ostmitteleuropas. Soeben erschien im Arco Verlag Wien sein Essayband „Brauchen wir Ketzer? – Stimmen gegen die Macht“.



13 ●

ZEITZEUG*INNEN:
„ALLES IST NICHTS
OHNE DIE FREIHEIT“

Der Fusionsprozess hat mich enorm geprägt. Die wilden, unsicheren, aber auch von Höhenflügen gekennzeichneten Jahre der friedlichen Revolution waren gerade noch im Herzen – und schon ging es an die Arbeit. Mit Texten und Papieren. Dabei gab es auch Streit. Diejenigen, die eben noch der gemeinsame unbändige Wille zur Überwindung der Diktatur, verbunden hatte, mussten nun sagen, wofür sie stehen wollten. Manche, die neben mir eben noch Kämpferin und Verbündete war, stellte sich in ihrem Wertesystem plötzlich als Fremde heraus. Es galt Kompromisse zu machen, für die ganz Anderen mitzudenken, in Erwägung zu ziehen, dass sie auch Recht haben könnten. In allen Jahren politischen Engagements habe ich versucht, mir das zu erhalten. Der Bündnisgedanke, der uns damals antrieb, steht für mich bis heute an erster Stelle. Das bedeutet: Hinausgehen über das eigene Milieu, die eigene Gewissheit, das eigene ‚immer schon‘. Und ein zweiter Gedanke ist mir ebenso wichtig: Dass es immer um die Freiheit gehen muss, dass alles nichts ist ohne die Freiheit. Das kann keine Freiheit der Verantwortungslosigkeit, Selbstsucht oder Ichbezogenheit sein. Es muss jene Freiheit sein, die die Menschen als Teil des Gemeinwesens sieht, als solidarische, mitfühlende und selbstbestimmte Individuen.

Katrin Göring-Eckardt ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Als Mitglied des Thüringer Landesvorstands von Bündnis 90 nahm sie an den Fusionsverhandlungen mit den Grünen teil.

Bilder: Tobias Kruse / OSTKREUZ, Philip Knoll, Aufbau Verlag

14 ●

GRÜNE MEINEN:
WAS KANN GRÜN IM OSTEN?

Paula Piechotta,
Bundestagsabgeordnete aus Sachsen

„Vor etwas mehr als zehn Jahren waren wir Grüne in keinem ostdeutschen Landtag vertreten, heute sitzen wir in der Mehrzahl der Parlamente und regieren in vielen Landesregierungen mit. Ein großer Erfolg. Zumal auch wir uns der Herausforderung stellen müssen, dass es in Ostdeutschland eine größere Skepsis gegenüber Parteien gibt. ‚Die Partei‘ war in der DDR assoziiert mit der SED, ein verbrannter Begriff. Die Politik-Skepsis merkt man heute etwa noch an den niedrigen Corona-Impfquoten. Zudem haben sich die Grünen lange nicht mit ausreichend Energie um bestimmte ostdeutsche Themen gekümmert: die Anpassung von Tarifverträgen und -löhnen an das gesamte deutsche Niveau zum Beispiel oder den Kampf gegen Fake News und Verschwörungsmethoden. Wir müssen ostdeutsche Themen auch auf Bundesebene stark in den Fokus setzen.“



15 ●

BUCHTIPP:

„Die Gesellschaft der Anderen“
von Naika Foroutan und Jana Hensel

Wie sehr ähneln sich die Erfahrungen von Ostdeutschen und Migrant*innen in Deutschland? Dieser Frage widmen sich die Migrationsforscherin Naika Foroutan, die als Zwölfjährige mit ihrer Familie aus dem Iran floh, und die ostdeutsche Journalistin und Bestseller-Autorin Jana Hensel („Zonenkinder“). Sie beschreiben viele Parallelen: Der Verlust von Heimat gehört ebenso dazu wie eine Stigmatisierung und Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft. Erschienen im Aufbau-Verlag.



16 ●

FRAUEN IN DIE OFFENSIVE!

Annett Gröschner, Schriftstellerin
und Journalistin

Die friedliche Revolution in der DDR um eine feministische Perspektive bereichern – das war das Ziel der „Lila Offensive“, die im November 1989 ihre erste Flugschrift „Frauen in die Offensive!“ verteilte. Annett Gröschner war dabei.

Wie haben Sie als Ost-Frauen zur Wendezeit die Feministinnen im Westen wahrgenommen? Von kämpferischen Westberliner Feministinnen wurden wir als „Muttis“ bezeichnet. Was die meisten von uns ja auch waren, nur verstanden wir uns so nicht. Die Feministinnen im Westen waren zwar dabei, das generische Maskulinum über Bord zu werfen, aber die Vereinbarkeit von Beruf und Familie interessierte sie weniger. Uns wurde klar: Wir werden auch dafür kämpfen müssen, dass die frauenpolitischen Errungenschaften der DDR nicht mit der DDR untergehen. In den nächsten Jahren mussten wir Frauenarbeitsplätze, Kindergärten und die Fristenregelung verteidigen.

Welche Ihrer Forderungen von 1989 sind heute durchgesetzt? Erschrecken-

erweise: nur wenige! Der Status gleichgeschlechtlicher Beziehungen hat sich verbessert, wir reden von feministischer Außenpolitik, aber es ist immer noch schlecht bestellt um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Bezahlung in typischen Frauenberufen, den Anteil von Frauen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Vom Ehegattensplitting ganz zu schweigen. Und immer noch wird mehr Haus- und Sorgearbeit von Frauen erledigt. Obwohl wir fürs Einkaufen nicht mehr Schlange stehen müssen.

Wie sehen Sie die aktuelle feministische Bewegung? In den 90ern war der Feminismus eingeschlafen. Umso mehr hat es mich gefreut, als sich Frauen 2013 mit dem Hashtag „Aufschrei“ wieder öffentlich meldeten. Ich finde auch Identitätspolitik und genderechte Sprache wichtig. Natürlich denke ich manchmal, wiederholt doch bitte nicht unsere Fehler, und dass es nicht reicht, ein T-Shirt mit rosa glitzerndem „Feminismus“-Schriftzug anzuziehen. Aber es ist wunderbar, dass es die Bewegung gibt und ich hoffe, dass sich die verschiedenen Strömungen nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Ein Essay von Annett Gröschner zum Thema erschien online bei der Heinrich-Böll-Stiftung. 2018 erschien von ihr: „Berolinas zornige Töchter. 50 Jahre Berliner Frauenbewegung“, zu beziehen über das feministische Archiv FFBIZ.

17 ●

„GERECHTIGKEIT KENNT KEIN OST UND WEST“

Interview: Verena Friederike Hasel

Wie denken junge Grüne über Ost und West?
Wir haben zwei von ihnen gefragt: Sarah-Lee Heinrich
ist Bundessprecherin der Grünen Jugend,
Marie Müser grüne Landesvorsitzende in Sachsen.
Ein Gespräch über unterschiedliche Erfahrungen –
und gemeinsame Ziele.



Marie, du wurdest 1997 in Sachsen geboren, Sarah-Lee, du kamst 2001 im Ruhrgebiet auf die Welt. Wann hat eure ostdeutsche beziehungsweise westdeutsche Herkunft das erste Mal eine Rolle gespielt?

Marie Müser: Sehr spät. Als wir in der achten Klasse die DDR durchnahmen, war das für mich nur ein Blick ins Geschichtsbuch und hat mich emotional noch nicht berührt. Die Pegida- und Legida-Demonstrationen haben das verändert. Da wollte ich wissen: Woher kommt der Spruch „Wir sind das Volk“?

Sarah-Lee Heinrich: Mich haben Bemerkungen anderer Westdeutscher à la „Lasst uns eine Mauer um den Osten bauen“ nachdenklich gemacht, die immer dann kommen, wenn es rechte Demonstrationen oder hohe Ergebnisse für die AfD in Wahlen gibt. Das kenne ich gerade auch aus linksliberalen Kreisen.

Es gibt einen Witz, der geht so: Treffen sich ein Westdeutscher und ein Ostdeutscher. Sagt der Westdeutsche: „Wir sind ein Volk.“ Antwortet der Ostdeutsche: „Ja, wir auch.“ Ist da irgendwas dran?

Heinrich: Ich komme aus dem Ruhrgebiet, wo die Städte die höchsten Armutsquoten haben und Menschen massenhaft ihre Jobs verloren haben. Insofern sehe ich vor allem Gemeinsamkeiten mit Ostdeutschland. Wir haben es mit einer Klassenfrage zu tun. Es geht im Osten wie im Westen um soziale Gerechtigkeit.

Müser: Du hast recht. Die Gerechtigkeitsfrage kennt heute kein West und Ost. Die wirtschaftlichen Faktoren sind entscheidend. Nicht umsonst findet man bestimmte Unterschiede nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen Stadt und Land. Trotzdem muss ich ein bisschen Einspruch einlegen. Die Menschen im Osten haben mit der Wende Freiheit gewonnen, das ist das Wichtigste. Aber ihnen wurde mit einem Mal das vertraute System und ihre kulturelle Prägung quasi aberkannt. Plötzlich gab es nur noch den westlichen Wohlstand, das westliche Rechtssystem, die westliche Welt. Diese Erfahrung lässt sich mit nichts vergleichen.

Welche Folgen hatte das?

Müser: Aus dieser Erfahrung von Verlust und Entwertung resultiert ein größeres

Misstrauen der Ostdeutschen gegenüber unserem System und dass dort teilweise so anders über Themen wie Klimapolitik oder den Ukraine-Krieg gedacht wird.

Heinrich: Ich verstehe das, aber ein bisschen möchte ich trotzdem widersprechen. Ich bin selbst in Hartz 4 aufgewachsen und kenne viele, die ebenfalls armutsbetroffen sind. Es gibt auch im Westen viele, die eine große Distanz zu politischen Institutionen haben, weil sie extrem enttäuscht sind und sich vom Staat hingelassen fühlen. Bei der Landtagswahl in NRW hatten wir fast sechs Millionen Nichtwähler*innen. Das ist der Nährboden, auf dem auch Extremismus wächst. Viele dieser Menschen – egal ob im Osten oder Westen – sind nur eine Kündigung davon entfernt, im Nichts zu landen, weil die Sicherungssysteme nicht mehr existieren.

Was würde helfen?

Müser: Im Osten auf jeden Fall mehr Partizipation und das Gefühl von Wirkmächtigkeit.

Heinrich: Wenn Jugendliche im Ruhrgebiet sich an der Planung eines Jugendzentrums beteiligen wollen, es aber nicht gebaut werden kann, weil die Kohle fehlt, bringt Partizipation nicht viel. Ich finde es entscheidend, Tarifkämpfe zu unterstützen. Wir von der Grünen Jugend sind im Herbst zu Teigwaren Riesa in Sachsen gefahren, um uns mit den Mitarbeiter*innen zu solidarisieren, die dort für höhere Löhne gestreikt haben. Weil die Lohnunterschiede zwischen Ost und West ein Ende haben müssen.

Müser: Politiker nach der Wende haben sogar damit geworben, dass die Lohnkosten im Osten niedriger seien – das wurde als Standortvorteil verkauft!

Heinrich: Unfassbar. Umso wichtiger, dass die Streikenden erfolgreich waren. Das war das beste Empowerment.

Müser: In meinem Freundeskreis schäumen manche vor Wut, wenn in einer Talkshow über den Osten geredet wird, als handle es sich um einen schwerkranken Patienten. Dabei gibt es im Osten viel Gutes, was nicht unbedingt der Politik zu verdanken ist, sondern den Menschen, die gesagt haben: Wir bleiben hier und kämpfen dafür, dass es hier besser wird. Von diesen Menschen könnten alle viel lernen, sie haben echte Transformationserfahrungen, und genau die brauchen wir angesichts der Bewältigung der Klimakrise.

Heinrich: Aber nach der Wende war klar, dass man reagieren musste: Entweder man ging oder man blieb und baute auf. Die Klimakatastrophe ist anders. Da gibt es viele Leute, die glauben, es gebe die Option, nichts oder zumindest nicht so viel zu tun.

Müser: Stimmt. Ein Riesenproblem, weil man nicht dauerhaft Politik gegen die Mehrheitsmeinung machen kann. Wir müssen es als Politiker*innen schaffen, den Menschen im Osten zu zeigen, dass der vorgezogene Kohleausstieg gut ist und auch den Menschen vor Ort etwas bringt. Das ist aber schwer zu greifen, wenn du irgendwo lebst, wo der Bus nur noch alle zwei Stunden fährt, der Bäcker zugemacht hat und die jungen Leute wegziehen. Da müssen wir Grüne wirklich ran.

Heinrich: Sehe ich genauso. Wir Grüne sind da manchmal zu überheblich. Ich höre in unseren Kreisen oft, man brauche für irgendetwas ein anderes „Wording“. Aber Leute, die in Armut leben, brauchen kein Wording. Sie wollen sehen, dass sich ihr Leben ändert. Da muss die Politik in Vorleistung gehen.

Bilder: Tobias Kruse / OSTKREUZ



Marie Müser (links) und Sarah-Lee Heinrich (Mitte) im Gespräch mit Autorin Verena Friederike Hasel in der Heinrich-Böll-Stiftung.

18 ●

MEHR BÜNDNISGRÜNE GESCHICHTE:
DIE „GRÜNE CHRONIK“

„Zeiten ändern sich. Wir ändern sie mit.“ Unter diesem Titel erschien 2019 die „Grüne Chronik“ – ein faszinierender Einblick in 40 Jahre bündnisgrüne Geschichte auf 156 bebilderten Seiten. Die Chronik beginnt im Jahr 1980 mit der Gründung der Grünen und erzählt die gesamtdeutsche Geschichte der Partei – parallel in Ost- und Westdeutschland. Sie zeigt, wie sehr bündnisgrüne Geschichte ein integraler Teil der Geschichte unseres Landes ist – und wie die Grünen das Land in vier Jahrzehnten von Grund auf verändert haben.

Die Chronik ist unter www.gruene.de/unsere-gruene-geschichte zum kostenlosen Download verfügbar oder kann als gedruckte Ausgabe für 4,03 Euro bestellt werden.

19 ●

GRÜNE MEINEN:
WAS KANN GRÜN IM OSTEN?

Ole Krüger, Co-Landesvorsitzender in
Mecklenburg-Vorpommern

Wir konnten in den letzten Jahren im ländlichen Raum bereits Vertrauen erarbeiten – jetzt wollen wir dies auf die nächste Stufe hieven. Um noch stärker auf dem Land präsent zu sein, arbeiten wir derzeit an einer Strukturreform: Jedes Mitglied soll einem Ortsverband angehören können, damit alle, die aktiv sein wollen, ein Angebot vor Ort vorfinden und nicht das Gefühl haben, der politische Diskurs werde allein vom urbanen Raum bestimmt. Zum Prozess gehört auch, dass wir den starken politischen Talenten bei uns mehr Zeit für die eigentliche Politik verschaffen möchten, indem wir den administrativen Aufwand für sie verringern. Weitere Digitalisierung hilft, muss aber durch eine ausreichende Personalausstattung in den Geschäftsstellen flankiert sein. Das kriegen wir leider (noch) nicht alleine hin.



20 ●

BUCHTIPP:
„Guten Morgen, du Schöner“
von Greta Taubert

Männer im Osten in ihrer Vielschichtigkeit zeigen und Klischees entgegentreten, die ihnen gegenüber existieren – das nahm sich die Journalistin Greta Taubert für ihr Buch „Guten Morgen, du Schöner“ zum Ziel. 16 „Ossi-Boys“ lässt sie darin zu Wort kommen, die sie im ganzen Land getroffen hat. Sie sprechen reflektiert und einfühlsam über das Mannsein, über Gleichberechtigung und darüber, wie ihre Biografien durch DDR und Wendezeit geprägt wurden. Eine Liebeserklärung an die Ostmänner, die sich so gar nicht in gängige Schubladen einordnen lassen. Erschienen im Aufbau-Verlag.

21 ●

RÜCKBLENDE:
„WIR STEHEN NICHT ALLEIN...,

... sondern zusammen mit unseren Freunden in der DDR“, sagt Petra Kelly 1983 im Bundestag. Sie und andere West-Grüne engagieren sich früh für den Freiheitskampf der DDR-Bürger – in Wort und Tat: Die Gruppe um Kelly demonstriert in Ost-Berlin, bis sie festgenommen wird. Bürgerrechtler*innen im Osten, wie Werner Schulz, beeindruckt das Engagement: „Wir hatten plötzlich, allein auf totalitärer Flur, aktive Verbündete. Das vergisst man im ganzen Leben nicht. Schon deswegen waren die Grünen unsere genuine Verbündeten.“

22 ●

In Ostdeutschland ist mehr als die Hälfte der Kinder unter drei Jahren in einer Tagesbetreuung, in Westdeutschland nur knapp ein Drittel.

OST UND WEST HEUTE

In der DDR waren Berufstätigkeit von Frauen und (damit einhergehend) Kinderbetreuung weitaus größer geschrieben als im Westen. Seit der Wende gleichen sich die Betreuungsquoten langsam an, aufgeholt hat der Westen aber noch nicht. Quelle: Statistisches Bundesamt, 2022.



Bilder: Thomas Mandt Fotografie, Aufbau Verlag, Gemälde: Christine Schlegel, Teile von Menschen, 1988, Öl auf Leinwand, Sammlung BLMK © Christine Schlegel, Foto: Tobias Tanzyna

23 ●

DIE ZEITENWENDE UND
DIE KUNST

Wie ostdeutsche Künstlerinnen die Wendezeit in Bilder bannten

Die 80er- und 90er-Jahre in Ostdeutschland: eine Zeit der Um- und Aufbrüche. Nicht nur in Politik und Gesellschaft – auch in der bildenden Kunst. Viele weibliche Künstlerinnen treten hervor. Sie entwickeln neue Ansätze dafür, wie Malerei und Fotografie gesellschaftliche Realität reflektieren können. Sie verabschieden sich von in der DDR gängigen Bildvorstellungen und überkommenen Rollenbildern – und schaf-

fen neuartige Reflexionen weiblicher Identitäten. Eine herausragende Schau solcher Werke zeigte kürzlich das Brandenburgische Landesmuseum für Moderne Kunst unter dem Titel „herzwärts wild. Umbrüche 1982-97“. Darunter auch das hier abgebildete „Teile von Menschen“ von Christine Schlegel.



Doreen Denstädt, geboren 1977 in Saalfeld/Saale, arbeitete als Bauleiterin, ehe sie 2006 zur Polizei ging und dort zur Hauptkommissarin avancierte. 2021 trat sie den Bündnisgrünen bei. Seit Februar 2023 ist sie Thüringer Ministerin für Migration, Justiz und Verbraucherschutz.

für rechts und hatten plötzlich etwas gegen Ausländer*innen - die es in Saalfeld eigentlich gar nicht gab.

Umso mehr bist du herausgestochen. Ich war die einzige Schwarze im Kindergarten, in der Schule und an der Uni. Dumme Sprüche und Pöbeleien gab es auch zu DDR-Zeiten. Schon als Kind hatte ich mir bestimmte Verhaltensmuster angewöhnt. Ich wusste, wo potenzielle Gefahren lauern, viele Orte habe ich gemieden. Bis heute nutze ich Öffis nur tagsüber und selten allein.

War die Polizei eine Hilfe? Zumal du als Jugendliche in der Punkszene unterwegs warst... ? Wir wären damals nie auf die Idee gekommen, die Polizei zu rufen. Auch nicht, als unser linker Club von Nazis belagert wurde. Inzwischen weiß ich von Kolleg*innen, die damals im Polizeidienst waren, dass die es auch nicht leicht hatten. Es war ja eine krasse Umstellungsphase nach der Wende, viele Abläufe waren gestört.

Viele Jahre später bist du selbst Polizistin geworden, nicht zuletzt, um rechten Tendenzen etwas entgegenzusetzen. Ja. Das ist auch ein toller Beruf. Klar hab ich als Polizistin viele brenzlige Situationen mit gewaltbereiten Leuten erlebt, aber die Uniform hat mich geschützt.

Heute sitzt du in einem Landtag, in dem besonders viele radikale Rechte vertreten sind. Björn Höcke sitzt fast neben mir. Dazwischen nur noch die Finanzministerin. Sie ist mein Bollwerk gegen Rechts. Es tut weh, ständig mit diesen unterirdischen Gedankengängen konfrontiert zu werden. Aber klar ist auch, dass wir uns mit dem Populismus auseinandersetzen müssen. Viele Wähler*innen haben keine Zeit und keinen Nerv, sich in eine Debatte zu vertiefen. Das bedeutet, wir Grüne müssen deutlich und einfach kommunizieren, um uns verständlich zu machen.

Da spricht die Medienwissenschaftlerin, die du ja auch bist. Ja, Kommunikation ist wichtig. Auch in der Justiz. Viele Bürger*innen, die vom Gericht geladen werden, kapierten gar nicht so recht, was ihnen geschieht. Oft wird etwas aus Gründen beschlossen, die nur Expert*innen verständlich sind. So kann Frust entstehen, der in Hass umschlägt. Ich will deshalb Programme und Schulprojekte ins Leben rufen, in denen Menschen erleben können, wie Gerichte und Justiz funktionieren.

Ist man im Kampf gegen den Rassismus in den letzten Jahren weitergekommen? Das Wichtigste ist, dass wir den Rassismus heute beim Namen nennen. Da sind wir auf einem guten Weg. Es wird konstruktiv diskutiert. Nur müssen die wissenschaftlichen Erkenntnisse auch so klar und deutlich formuliert werden, dass man sie als Dienstanweisungen umsetzen kann. Darüber hinaus sollten wir möglichst viele Kontaktpunkte mit dem „Fremden“ schaffen. Auf Arbeit, im Sportverein, im Ehrenamt. Dann schwinden die Barrieren!

24 ●

„ICH HABE SCHON VIELE BRENZLIGE SITUATIONEN ERLEBT“

Doreen Denstädt, Justizministerin von Thüringen

Doreen Denstädt ist die erste afrodeutsche Ministerin in einem ostdeutschen Bundesland. Ein Gespräch über Resilienz gegen Rechts.

Wir feiern 30 Jahre BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Spielt das „Bündnis 90“ im Parteinamen noch eine Rolle für dich? Selbstverständlich! 1989 war ein Musterbeispiel eines demokratischen Umbruchs. Von der Basis her organisierten sich Menschen, um für Ziele wie Freiheit, Beteiligung, Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz zu kämpfen – und zwar gewaltfrei. Allerorten wurde intensiv diskutiert. So viel gesellschaftliches Interesse wäre auch heute wünschenswert!

Bald nach der Wende war die Situation allerdings eine andere. In vielen Regionen Ostdeutschlands herrschte offene Gewalt. Wie hast du diese „Baseballschlägerjahre“ erlebt? 1990 war ich 13. Für uns eine Zeit der Freiheit und Unsicherheit. Viele meiner Klassenkamerad*innen entschieden sich damals

25 ●

Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland hat sich seit den 90er-Jahren mehr als halbiert. Sie liegt heute rund zwei Prozentpunkte höher als im Westen.

OST UND WEST HEUTE

2022 lag die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern bei 7,4 Prozent, in den alten bei 5,4 Prozent. Noch im Jahr 2005 lag der Wert im Osten bei rund 20 Prozent – fast zehn Punkte höher als im Westen. Quelle: Statistisches Bundesamt.

26 ●

RÜCKBLENDE:
„ALLE REDEN VON DEUTSCHLAND, WIR REDEN VOM WETTER“

Ein Slogan, der in die Geschichte eingeht: als wohl größter Fehler grüner Wahlkampfstrategie. 1990 schreiben die West-Grünen die Wetter-Parole auf ihre Plakate zur Bundestagswahl und distanzieren sich so von der Wiedervereinigung. Das geht gehörig daneben. Die Partei hat den Wunsch nach Einheit in der Bevölkerung massiv unterschätzt – sie erleidet eine desaströse Wahlniederlage und fliegt aus dem Bundestag. Bündnis 90 und Ost-Grüne hingegen schaffen den Einzug. Spätestens jetzt zeichnet sich ab: Eine Fusion könnte für beide – Bündnis 90 und Grüne – überlebenswichtig sein.

ANZEIGE

Endlich: die Jugendbewegung für jedes Alter.
Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.
Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

www.pkv.de/generationenvertrag

Interview: Gero Günther, Bild: Paul-Philipp Braun

27 ●

WIE EIN MANN DIE WAHRE DDR FÜR IMMER FESTHIELT

Harald Hauswald, Fotograf

Er gilt als einer der bedeutendsten Fotografen der DDR – und als einer der mutigsten. Rund 40 inoffizielle Mitarbeiter*innen der Stasi waren auf Harald Hauswald angesetzt. Aufgehalten hat ihn das nie.

Was für eine Frechheit! Erdreistete sich dieser Harald Hauswald doch tatsächlich, eine Realität zu dokumentieren, die es offiziell gar nicht geben durfte: kaputte Häuser, müde Menschen und ein Staatsapparat, der an seinen eigenen Ansprüchen scheitert. In präzise komponierten Bildern machte der langhaarige Fotograf, den die Stasi stets als „Objekt Radfahrer“ führte, auf die Widersprüche zwischen der Propaganda und dem Alltag des real existierenden Sozialismus aufmerksam. Das Geheimnis seiner Straßenfotografie? „Ich war schnell, ging nah ran, hab nie gefragt und nie etwas gestellt.“



Aber nicht nur sein versiertes Auge kam dem seit 1978 in Ost-Berlin lebenden Sachsen zugute. Den Umgang mit Menschen aus verschiedensten Sphären hatte Hauswald in zahlreichen Jobs gelernt. Als Bauarbeiter, Heizer oder Telegrammbote. Als Fotograf für eine Behinderteneinrichtung und als Roadie für Rockbands, mit denen er kreuz und quer durch die DDR reiste. „Die Regierung war scheiße, aber viele Leute waren ja gut. Ich hab mich da zuhause gefühlt mit meiner Knipskiste.“

Und so wurde der Fotograf zum Chronisten nicht nur der DDR-Gegenkultur, die sich damals vor allem in Prenzlauer Berg tummelte, sondern auch der oppositionellen Bewegungen, die rund um verschiedene Kirchen in Ostberlin entstanden waren. Dank seiner Freundschaft mit dem Pfarrer und Bürgerrechtler Rainer Eppelmann konnte Hauswald seine Bilder in Kirchen ausstellen. „Ich war nicht gläubig, aber das waren die einzigen Freiräume, die es gab“, erinnert sich der heute 68-Jährige. „Sogar die Punks durften sich dort austoben.“

Veröffentlicht wurde Hauswald damals nur in kirchlichen Blättern und im Westen. Die taz, der Stern und Geo druckten seine Fotos. Und der Kontakt zu Korrespondenten aus der BRD war es auch, der ihn vor Schlimmerem bewahrte. Auf

einem Haftbefehl, der gegen den unlieb-samen Fotografen ausgestellt wurde, stand die handschriftliche Notiz „Aus politischen Gründen im Moment nicht ratsam“.

Im April 1990 gründete Harald Hauswald zusammen mit anderen DDR-Fotografen die Agentur Ostkreuz, eine der renommiertesten deutschen Adressen für Dokumentarfotografie. Dass seine Arbeit bis heute weltweit anerkannt und ausgestellt wird, findet der bescheidene Mann „ziemlich cool“. Längst werden seine Fotografien auch in Schulbüchern abgedruckt und als Unterrichtsmaterial genutzt. „Die haben mir sogar einen Orden an die Brust genagelt.“ 1996 erhielt Harald Hauswald das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Als eine Gruppe von Fahnenträgern bei der Parade zum 1. Mai im Platzregen ihre Flaggen senkte, hielt Hauswald im richtigen Moment drauf (rechts oben). „Das erschien 1987 als Doppelseite im Stern und die haben ‚Fahnenflucht‘ drunter geschrieben. Da hab‘ ich richtig Schiss gekriegt. Die hätten mich wegen politischer Verunglimpfung am Arsch kriegen können“, erzählt Hauswald (links unten). Den protzigen Regierungskonvoi, der dem sozialistischen Slogan Hohn spricht (rechts unten), erwischte er 1986. Das Bild links oben zeigt Sängerin Marion Sprawe 1981 bei einem Konzert der Band „Juckreiz“ vor dem Berliner Jugendclub Impuls. Ein Bildband mit Hauswalds Fotografien ist unter dem Titel „Voll das Leben“ im Steidl-Verlag erschienen.



Bilder: Harald Hauswald/OSTKREUZ, Stephanie Steinkopf/OSTKREUZ, Text: Gero Günther



28 ●

ZEITZEUG*INNEN:
„DAS WAR
REVOLUTIONÄR“

Bündnis 90 hat mein Leben verändert. Und es hat die Partei verändert. Es ist viel positive Energie von Ost nach West und von West nach Ost geflossen. Unsere Demokratie war nach dem Fall der Mauer zu Beginn der 90er-Jahre sehr lebendig. Mit runden Tischen wurden neue Formate des politischen Dialogs praktiziert. Und viele West-Grüne hatten erstmals vor Augen, wie verschieden unsere Voraussetzungen waren: Die Bürgerrechtler hatten in einem autoritären System berufliche Verwerfungen und Gefängnis riskiert, während wir uns im Westen in Freiheit engagieren konnten. Die west-grüne Politik war von Bekenntnissen geprägt, die Opposition in der DDR von Lebenserfahrungen in einer Diktatur. Die Fusion hatte nachhaltige Auswirkungen: Die repräsentative Demokratie wurde durch Bündnis 90 gestärkt. Die Außenpolitik wurde von der Bundestagsgruppe neu fokussiert: Ost- und Mitteleuropa und der Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten rückten in den Vordergrund – insbesondere mit dem Krieg in Bosnien. Und: Auf den Entwurf der ostdeutschen Bündnisgrünen geht das Stasi-Unterlagengesetz zurück. Erstmals in der Menschheitsgeschichte bekamen Opfer politischer Herrschaft das Recht, ihre Opfer-Akten einzusehen. Das war revolutionär und hat sich international verbreitet.

Lukas Beckmann war von 1991 bis 2010 Fraktionsgeschäftsführer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag. Heute ist er u.a. Mitglied des Vorstands der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg und Mitgesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender der CORRECTIV gGmbH.



29 ●

„BASEBALLSCHLÄGERJAHRE“:

Ein Hashtag, ein Genre,
ein Stück deutsche Geschichte

„Ihr Zeugen der Baseballschlägerjahre. Redet und schreibt von den Neunzigern und Nullern. It’s about time.“ So lautete ein Tweet, den der Zeit-Journalist Christian Bangel im Herbst 2019 absetzte. Er ahnte nicht, wie sehr er einen Nerv treffen, einen Begriff für ein Stück deutsche Wirklichkeit prägen würde. Unter dem Hashtag „Baseballschlägerjahre“ meldeten sich Hunderte zu Wort – und erzählten von jener Zeit nach der Wende, in der Ostdeutschland vielerorts von Rassismus und Gewalt geprägt war und Menschen in ständiger Angst vor Nazi-Übergriffen lebten. „Baseballschlägerjahre“ heißt auch eine eindrucksvolle Doku-Reihe von RBB und Zeit online zum Thema (abrufbar in der ARD-Mediathek). Zudem erschienen zuletzt mehrere autobiographische Bücher. Eines der wichtigsten schrieb Hendrik Bolz. Als Teil des Berliner Hip-Hop-Duos „Zugezogen Maskulin“ rappte er schon 2015 im Song „Plattenbau O.S.T.“ über seine Jugend in Stralsund nach der Wende. 2022 schilderte er sie in seinem Buch „Nullerjahre“ – von der Kritik gelobt als „äußerst präzises Sittengemälde“ (Deutschlandfunk) jenes Ausschnitts deutscher Geschichte.

Bilder: Tobias Kruse / OSTKREUZ, Kiepenheuer & Witsch

30 ●

RÜCKBLENDE:
„ALTERNATIVLOS, BEISPIELHAFT,
ZUKUNFTSWEISEND
UND ERFOLGREICH“

Nein, von Liebe auf den ersten Blick kann man nicht sprechen, als Bündnis 90 und Grüne 1992 ihre Fusionsverhandlungen aufnehmen. Mehr als ein Jahr dauert der Vereinigungsprozess (länger, als die beiden deutschen Staaten für die Wiedervereinigung brauchen). Er ist geprägt von zähen Verhandlungen, Fremdeln, Zerreißproben.

Doch 1993 gelingt der Durchbruch: Eine Urabstimmung unter den etwa 2.600 Mitgliedern des Bündnis 90 und den etwa 35.000 Mitgliedern der Grünen sowie zwei zeitgleich stattfindende Bundesdelegiertenkonferenzen der beiden Parteien in Hannover beschließen den „Assoziationsvertrag“. Als beide Entscheidungen gefallen sind, ziehen die Delegierten von Bündnis 90 unter Jubel bei den Grünen ein. Zuvor müssen noch eilig die beiden Logos zusammengepinnt werden – und zwar in der richtigen Reihenfolge: Bündnis 90 zuerst, die Grünen darunter. Mitte Mai folgt der Vereinigungsparteitag in Leipzig. Es ist ein Zusammengehen auf Augenhöhe: Die Organisationskultur der neuen Partei soll die Traditionen der West-Grünen ebenso wie die der DDR-Bürgerrechtler*innen aufnehmen. „Unsere Vereinigung war alternativlos, beispielhaft, zukunftsweisend und erfolgreich“, sagte Werner Schulz 2008. „Geblieben ist der moderne Doppelname im Logo – ein Name, der Geschichte und Programm ist.“ Und das bis heute.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Ausgabe 23 – 1

Gemeinsam verändern

Magazin



Wie die grüne Transformation das Versprechen einlösen kann, dass alle von ihr profitieren und der Zusammenhalt auch in der Zukunft gewahrt bleibt, erörtern die Autor*innen des neuen Heftes

boell.de/thema

Studie



Der Wirtschaftsexperte Tom Krebs blickt auf die Möglichkeiten Deutschlands, die verstaatlichten Unternehmen Uniper SE und SEFE GmbH (ehemals Gazprom Germania) für die Energiewende zu nutzen.

boell.de/publikationen

Unser Newsletter

Jeden Monat. Kostenfrei.
In Eure Mailbox.
Jetzt abonnieren!



Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8, 10117 Berlin boell.de

+ Heinrich-Böll-Stiftung
 + boellstiftung boell_stiftung

Maike Schaefer ist seit 2019 Bürgermeisterin und Senatorin für Umwelt, Mobilität, Bau und Stadtentwicklung in Bremen. Die studierte Diplom-Biologin war zuvor Fraktionsvorsitzende in der Bremischen Bürgerschaft, der sie bereits seit 2007 als Abgeordnete angehört. Sie wurde 1971 in Schwalmstadt in Nordhessen geboren. 2002 trat sie den Grünen bei.

Maike Schaefer für Bremen

WARUM GRÜN FÜR BREMEN?

Die Klimakrise ist die Herausforderung unserer Zeit. Bremen und Bremerhaven sind direkt vom Anstieg der Meeresspiegel bedroht. Als Grüne haben wir einen genauen Fahrplan, wie unser Bundesland bis 2038 klimaneutral werden kann. Ohne eine starke grüne Stimme geht nichts voran.

DAS BEWEGT DIE MENSCHEN HIER:

In Bremen und Bremerhaven spielen Armutsbekämpfung und Bildung eine große Rolle. Damit alle die gleichen Zukunftschancen haben, müssen alle Kinder eine gute Bildung bekommen, unabhängig vom Elternhaus.

MEIN ANGEBOT FÜR BREMEN:

Ich möchte das soziale Miteinander stärken. Orte schaffen, an denen sich unsere Kinder frei entwickeln können. Und ich möchte unsere Wirtschaft fit für die Zukunft machen. Es geht um nachhaltige Arbeitsplätze. Bremen ist die sechstgrößte Industriestadt in Deutschland. In Bremerhaven haben wir ein wichtiges Drehkreuz für den nationalen und internationalen Handel. Wir können es uns nicht leisten, hier die Anforderungen unserer Zeit zu verschlafen. Wir müssen mit einer klugen grünen Wirtschaftspolitik die Klimakrise bekämpfen und gleichzeitig unsere Wirtschaftsstandorte stark aufstellen.

WAS MUSS GUTE POLITIK FÜR DEN* DIE EINZELNE* N TUN?

Zuhören! Und anpacken. Niemand braucht politische Entscheidungsträger*innen, die sich nicht trauen, Entscheidungen zu treffen.

FÜR DIE MOBILITÄTSWENDE IN BREMEN BRAUCHEN WIR ...

... einen gut ausgebauten ÖPNV, einen attraktiven Radverkehr und Angebote wie Carsharing, und das nicht nur in innenstadtnahen Wohngebieten. Mobilitätswende bedeutet vor allem, dass der Fokus von einer autozentrierten Stadt auf alle Verkehrsteilnehmer*innen ausgeweitet wird, egal, ob sie zu Fuß, per Rad oder mit dem Auto unterwegs sind.

MIT DEM 49-EURO-TICKET ...

... gehen wir einen wichtigen Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit in der Mobilität. Als Vorsitzende der Verkehrsminister*innenkonferenz habe ich für die Länder gestritten und ich bin sehr froh, dass wir das 49-Euro-Ticket auf den Weg bringen konnten.

EIN TEMPOLIMIT ...

... bringt mehr Verkehrssicherheit, reduziert Unfälle und kommt unserer Gesundheit und unserer Lebensqualität zugute, weil Lärm und Abgase reduziert werden. Auf den Autobahnabschnitten, die durch Bremen führen, haben wir schon seit 2008 ein Tempolimit von 120 km/h. Vor Kindergärten und Schulen haben wir von 7 bis 22 Uhr ein Tempolimit von 30 km/h umgesetzt.

BEZAHLBARER WOHNRAUM ...

... ist mir sehr wichtig. Als zuständige Senatorin habe ich mich sehr dafür eingesetzt, dass die Quote für Sozialwohnungen bei Neubauten auf 30 Prozent erhöht wird. Unser Ziel ist, bis Ende 2023 die Zahl der Sozialwohnungen in Bremen auf 8.000 zu erhöhen.

KLIMAPROTEST FUNKTIONIERT, WENN ...

... alle gemeinsam gegen die Klimakrise kämpfen und nicht gegeneinander.

WERDER BREMEN ODER ST. PAULI?

Natürlich grün-weiß. Aber mein Herz schlägt auch für St. Pauli. Ich finde, das eine schließt das andere nicht aus.

IMKERVEREIN ODER KUTTERVEREIN?

Ich bin leidenschaftliche Seglerin und Imkerin. Im Segelverein steht die Gemeinschaft ganz oben – man hilft sich gegenseitig, das gefällt mir total. Ebenso macht mir das Imkern viel Spaß. Gemeinsam mit einer Freundin halte ich mehrere Bienenvölker.

KLABEN ODER KLUTEN? Kluten – lecker Pfefferminz!

UNTERWEGS SEIN ODER ANKOMMEN?

Unterwegs sein – da erlebt man so viel!

MEINE FREUND*INNEN SCHÄTZEN AN MIR ...

... dass ich offen, ehrlich und meist gut gelaunt bin. Ich packe Dinge an, auch wenn sie unangenehm sind. Ich möchte mich nicht beliebt machen, sondern die Welt verändern.

DAS MACHT MIR SORGEN:

Wir leben in unsicheren Zeiten. Ob Pandemie, Energiekrise oder Klimakrise, ich werde mich dafür einsetzen, dass wir diese Krisen alle meistern werden. Sorgen mache ich mir, dass die Gesellschaft ihre Energie und ihr Verständnis dafür verliert, dass wir die Krisen gemeinsam lösen müssen.

DAS BRINGT MICH ZUM LACHEN: Selbstironie – ich finde, man darf sich selbst nicht immer zu ernst nehmen.

IN EINER WELTOFFENEN STADT WIE BREMEN ...

... findet sich stets eine Person, die den Rechten und ihren Parolen etwas entgegensetzt.

DIE BREMER INNENSTADT BRAUCHT ...

... Leben! Wir müssen das entsprechende Ambiente und attraktive öffentliche Räume, auch für Kultur, schaffen, damit man sich dort wohlfühlt und in der Stadt leben möchte.

BREMEN IST AM SCHÖNSTEN ... an der Weser!

SPITZENKANDIDATIN
Am 14. Mai 2023 findet die Wahl zur 21. Bremischen Bürgerschaft statt.
Unsere Spitzenkandidatin: Maike Schaefer

Bild: STUDIO EM



Europagruppe Grüne

In dieser Ausgabe schreiben Martin Häusling, Katrin Langensiepen, Michael Bloss, Romeo Franz, Alexandra Geese, Daniel Freund und Malte Gallée über ihre Arbeit und Initiativen im Europäischen Parlament und wie wir Grüne mit Werten, konkreten Politikvorschlägen und klaren Positionen Herausforderungen meistern können.

Wir heißen alle Leser*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE



Europagruppe GRÜNE/
Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
twitter: @gruene_europa
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten:
Aldo Caruso

NAHRUNG SCHEINDEBATTE

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist eine neue Diskussion um Europas Beitrag zur weltweiten Ernährungssicherheit ausgebrochen. Die Agrarindustrie und die Konservativen im Europaparlament erklären, alles gehöre auf den Prüfstand: Können wir uns den Biodiversitäts- und Klimaschutz des Green Deals noch leisten? Müssen wir mehr produzieren, um die Ausfälle an ukrainischem Getreide auszugleichen? Auf den ersten Blick mag es logisch erscheinen, diese Fragen zu stellen. Doch die Debatte läuft ziemlich an der Realität vorbei und die Argumentation lässt sich leicht auseinandernehmen.

„Die Klimakatastrophe bedroht unsere Ernährungssicherheit – nicht politische Maßnahmen wie der Green Deal.“

Die Ukraine hat sich zwar in den letzten 30 Jahren zu einem wichtigen Lieferanten entwickelt, besonders für Weizen. Die Versorgungslage im Globalen Süden ist aber unabhängig vom Krieg in der Ukraine angespannt. Weltweit leiden 828 Millionen Menschen an Hunger. Dem Green Deal den Rücken zu kehren, würde den Hunger in der Welt nicht stillen – im Gegenteil: Wenn wir unser Ernährungssystem nicht nachhaltiger gestalten, bekommen wir Probleme mit der Ernährungssicherheit! Die Klimakrise ist bereits jetzt Hauptgrund für den Hunger in der Welt. In Europa gab es 2022 eine beispiellose Dürre, die zu großen Produktionsausfällen führte. Weltweit sorgen klimabedingte Extremwetterbedingungen, wie Dürren und Hochwasser, für Ernteausfälle.

Wir haben kein Mengen-, sondern ein Verteilungsproblem. Weniger als ein Viertel des produzierten Getreides wird für die menschliche Ernährung genutzt. Der Rest landet in Europas Futtertrögen, im Tank oder in der Tonne. Von einer Getreideknappheit in Europa kann also nicht die Rede sein – wir müssen aber die Verwendung überdenken. 60 Prozent der Getreideproduktion gehen in die intensive Tierhaltung. Sie ist der größte Hebel für Veränderung.

In der Debatte um Ernährungssicherheit wird die so genannte „Neue Gentechnik“ immer wieder als Hoffnungsträgerin bemüht. Dabei gibt es keine Beispiele, wie der Einsatz von Gentechnik Sorten hervorbringt, die den klimatischen Veränderungen unserer Zeit gewachsen sind. In der klassischen Züchtung finden sich hingegen durchaus Erfolge. Wird aber auf Gentechnik gesetzt, wird das aktuelle Agrarsystem mit intensiver Produktion zementiert, und die Macht globaler Chemie- und Saatgutkonzerne gestärkt, die über die Patente verfügen.



MARTIN HÄUSLING
Informationen zu diesen und weiteren Themen meiner Arbeit gibt es auf der Homepage www.martin-haeusling.eu

BEHINDERTENAUSWEIS EU-WEIT!

Gute Nachrichten für mehr Teilhabe in Europa: Im November 2023 wird die EU-Kommission einen Vorschlag für die Einführung eines EU-Behindertenausweises vorstellen. Und das ist auch bitter nötig. Als Mensch mit Behinderung EU-weit zu reisen, zu arbeiten oder zu studieren – kurz EU-Freizügigkeit zu genießen – birgt immer noch viele Barrieren. Assistenzleistungen, Vergünstigungen und Hilfen im ÖPNV oder im Kulturbereich hören an den Grenzen zu anderen EU-Mitgliedstaaten auf. Es fehlt immer noch die gegenseitige Anerkennung des Behindertenstatus zwischen den Ländern. Wer auf Assistenz angewiesen ist, überlegt sich sehr genau, ob er sich den Aufenthalt in einem anderen EU-Land leisten und zumuten kann.

Wir müssen sicherstellen, dass der neue EU-Behindertenausweis mehr kann, als nur einen Museumseintritt zu vergünstigen. Eine große Mehrheit im Europäischen Parlament stimmte bereits 2019 für meinen Bericht, der die Einführung eines EU-Behindertenausweises als Bestandteil einer umfassenden EU-Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2021 bis 2030 fordert.

„Der neue EU-Behindertenausweis ist eine Chance, Menschen mit Behinderungen endlich ihr Recht auf EU-Freizügigkeit zu garantieren.“

Uns Grünen ist es wichtig, dass mit dem neuen Ausweis auch die gegenseitige Anerkennung des nationalen Behindertenstatus kommt, um damit langfristig auch Sozial- und Hilfeleistungen zu garantieren. Es kann nicht sein, dass die verschiedenen EU-Mitgliedstaaten jeweils eigene Prüfungen der Behinderung vorschreiben und bereits von anderen Mitgliedstaaten durchgeführte Prüfungen nicht anerkennen. Die Prüfung in einem EU-Land reicht vollkommen aus! Diese Praxis ist herabwürdigend und diskriminierend und bedeutet null Flexibilität für Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Mobilitätshilfen und kostenloser ÖPNV sind ebenfalls Punkte, die über den Ausweis abgedeckt werden müssen. Essenziell ist dabei, dass der Ausweis auch wirklich bei allen Menschen ankommt, die ihn brauchen – bei denen mit sichtbarer und unsichtbarer Behinderung.

Auf meiner Tour durch die EU, „#TheFutureIsAccessible“, habe ich mit vielen verschiedenen Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen gesprochen. Sie alle sehen den EU-Ausweis als Chance, EU-Maßstäbe für Hilfen und Barrierefreiheit zu setzen. Ich werde weiter für sie eintreten und für einen ambitionierten Richtlinienvorschlag streiten.



KATRIN LANGENSIEPEN
Als eine der wenigen Abgeordneten mit sichtbarer Behinderung streite ich dafür, dass die UN-Behindertenrechtskonvention endlich europaweit umgesetzt wird.



KLIMAINDUSTRIE EIN DREI-PUNKTE-PLAN

Sind wir auf dem Weg zur Energiewende oder direkt in die nächste Krise? China liefert über 70 Prozent unserer Batterien und Solarmodule – eine einseitige Abhängigkeit, die unsere Klimaziele gefährden und verheerende Auswirkungen auf unsere Wirtschaft haben kann. Neben der Abhängigkeit von China wächst auch die Konkurrenz aus den USA. Der so genannte "US Inflation Reduction Act" winkt mit fast 370 Milliarden US-Dollar an Subventionen für die Klimaindustrie.

Im Europaparlament habe ich ein europäisches Klimagesetz und einen starken Emissionshandel verhandelt, um endlich effektiven Klimaschutz und die Klimawende in Europa zu schaffen. Der nächste Schritt ist ein starker Industriedeal für das Klima, um im globalen Wettbewerb der Klimatechnologie mithalten und unsere Abhängigkeiten reduzieren zu können. Wir müssen sicherstellen, dass die Produktion von erneuerbaren Energiequellen wie Solar- und Windkraftanlagen, Wärmepumpen, Energiespeichern und Netzen sowie die industrielle Sanierung von Gebäuden in Europa stattfindet. So schaffen wir Millionen von grünen Arbeitsplätzen und einen entscheidenden Schritt in Richtung Klimaneutralität. Mit diesem Drei-Punkte-Plan kann das gelingen.

Wir brauchen zunächst ausreichend finanzielle Mittel, um mit dem Milliardenpaket der USA mithalten zu können. Ein EU-Souveränitätsfonds gibt uns hier die notwendige finanzielle Durchschlagskraft.

Zweitens müssen Subventionen das klare Ziel verfolgen, Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze in Europa für unverzichtbare Technologien der Energiewende zu schaffen.

„Die Energiewende ist der Jobmotor der Zukunft.“

Schließlich müssen wir sicherstellen, dass in Europa verbaute Klimatechnologien effizient, recycelbar, nachhaltig und sozial fair hergestellt werden. Durch die Produktion modernster Solarmodule setzen wir weltweit einzigartige Standards.

Die Energiewende ist der Jobmotor der Zukunft. Mit einem ehrgeizigen Klimakurs in Deutschland und Europa eröffnen sich immense Chancen, um an der Spitze des weltweiten Wandels mitzuwirken. Eine Politik zur Ansiedlung von Klimaindustrien ist dabei der Schlüssel zum Erfolg. So schaffen wir zukunftssichere Arbeitsplätze und eine stabile Transformation zu einer klimafreundlichen Wirtschaft.



MICHAEL BLOSS
Bleibe auf dem Laufenden über Klimaindustrie, Verbrenner-Aus, Emissionshandel und vieles mehr auf www.michaelbloss.eu



ANTIDISKRIMINIERUNG RECHTE FÜR ALLE

Trauer und Wut – das sind die Gefühle, die sich in mir breitmachten, als ich letztes Jahr ein Camp für Menschen mit Romanes-Hintergrund in der Ukraine besuchte. Ich war erschüttert über die prekäre Situation, in der die Menschen leben – im Wald, ohne Zugang zu Infrastruktur oder sanitären Anlagen. Ihre Lebenserwartung beträgt durchschnittlich nur 45 Jahre. Menschen mit Romanes-Hintergrund sind aber nicht nur in der Ukraine, sondern in ganz Europa Segregation und Diskriminierung ausgesetzt. Doch wie können konkret ihre Lebensrealitäten verbessert werden?

„Wir stehen Rassismus und Diskriminierung keineswegs hilflos gegenüber und haben auch die Instrumente, um ihnen entgegenzutreten!“

Ich habe mich dafür eingesetzt, dass die Situation von Menschen mit Romanes-Hintergrund in der Ukraine in den ersten Bericht des Europäischen Parlaments über strukturellen Rassismus aufgenommen wurde. Ein ganzer Abschnitt wird der Diskriminierung von aus der Ukraine geflüchteten Menschen gewidmet, die an den EU-Außengrenzen auf Grund ihrer Hautfarbe ungleich behandelt wurden. Mir gelang es, dem Bericht eine klare grüne Handschrift zu geben. Ein holistischer Ansatz wird verfolgt, zum Beispiel werden auch LGBTIQI*-Personen in den Fokus genommen. Die Bekämpfung von Rassismus soll künftig stärker auf die strukturellen Ursachen abzielen. Dadurch wird Rassismus an seiner Wurzel angepackt. Nun liegt es an den Mitgliedstaaten, den Forderungen im Bericht nachzukommen.

Um die Mitgliedstaaten konkret in die Pflicht zu nehmen, hat die EU-Kommission im Dezember 2022 einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die nationalen Antidiskriminierungsstellen stärken soll. Ihnen kommt eine Schlüsselrolle zu. Diesen Gesetzesentwurf werde ich von grüner Seite aus kritisch begleiten.

Ein anderes Instrument, das die Lebensrealitäten von Menschen mit Romanes-Hintergrund entscheidend verbessern wird, ist der Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Verband deutscher Sinti und Roma. Mit dem Staatsvertrag wird ein "Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg" geschaffen. Der Rat dient als gemeinsame Plattform für die Besprechung aller Angelegenheiten, die Sinti und Roma betreffen – mit Vertreterinnen und Vertretern der Sinti und Roma in Baden-Württemberg, der Landesregierung, des Landtags und der kommunalen Landesverbände. Außerdem werden verbindliche Treffen zwischen der Landesregierung und Vertreter*innen der Minderheit etabliert. Akute Fälle von Diskriminierung können so auf Augenhöhe besprochen werden. Ich arbeite daran, dieses erfolgreiche Konzept auch auf Bundesebene durchzusetzen.



ROMEO FRANZ

Informationen zu diesen und weiteren Themen meiner Arbeit gibt es auf der Homepage www.romeo-franz.eu

GEWALT GEGEN FRAUEN WIRKSAMER SCHUTZ

Häusliche Gewalt, Stalking, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, Cybergewalt – jede dritte Frau in Europa erfährt in ihrem Leben Gewalt. Besonders häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder hat während der Pandemie stark zugenommen. Aber Frauenhausplätze sind sehr knapp: An 303 Tagen war im letzten Jahr keine Aufnahme möglich. Seit 2018 gilt die Istanbul-Konvention des Europarats, die Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt schützen soll. Aktuell scheitert der wirksame Schutz von Opfern jedoch auch in Deutschland am Geld: Bundesweit fehlen rund 14.600 Plätze in Frauenhäusern. Besonders mangelt es an Zufluchtsorten in Wohnortnähe für schutzbedürftige Frauen und ihre Kinder. Doch damit ist jetzt Schluss! Im März hat der Haushaltsausschuss des Europaparlaments meine Stellungnahme zu der neuen EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt angenommen und beschlossen, dass der bisher nicht bindende Zahlenschlüssel aus der Istanbul-Konvention zukünftig von den EU-Mitgliedstaaten angewendet werden muss.

„Es wird nicht mehr von Glück oder dem Wohnort einer Frau abhängen, ob sie Zuflucht in einem Frauenhaus findet oder nicht.“

Auf europäischer Ebene setzen wir Mindeststandards, so dass in jedem Mitgliedstaat eine bessere Versorgung mit Schutzplätzen, Beratungsangeboten und Notruf-Hotlines im Fall von Gewalt an Frauen und Mädchen gewährleistet werden muss. Zukünftig sind alle Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, einen Familienplatz im Frauenhaus je 10.000 Einwohner*innen und eine Beratungsstelle für Gewaltopfer pro 200.000 Einwohner*innen bereitzustellen. Allein in Deutschland würden dadurch die zur Verfügung stehenden Frauenhausplätze verdreifacht werden. Jetzt gilt es, diesen Erfolg im Plenum des Europaparlaments und in den Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten zu verteidigen.

Geplant sind zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer von Gewalt im Internet, die immer mehr Frauen trifft. Mit der neuen Richtlinie wird Cybergewalt unter Strafe gestellt. Dazu gehört die Weitergabe intimer Bilder ohne Zustimmung, Cyberstalking, Cybermobbing und das Aufstacheln zu Gewalt oder Hass im Internet. Der Haushaltsausschuss sorgt jetzt dafür, dass auch die Beratungsdienste angemessen auf diese neuen Gewaltformen reagieren können. Dazu gehören Angebote zur Entfernung von Stalkerware vom Handy, aber auch Unterstützung, damit Frauen und Mädchen trotz Hass im Netz weiter aktiv im Internet bleiben.



ALEXANDRA GEESE

Ich streite für eine starke Demokratie, an der alle teilhaben. Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit begleiten meine politische Arbeit.

LOBBYQUIZ REISE ZU GEWINNEN!

Lust auf ein schnelles Quiz zu Lobbying, Korruption und Transparenz in Europa? Macht mit und gewinnt! Jede*r Teilnehmer*in mit der richtigen Lösung erhält einen Preis. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir außerdem eine Besuchsreise nach Brüssel ins Europäische Parlament. Wie funktioniert es? Ganz einfach: Beantwortet die Fragen unten, setzt aus den richtigen Antworten das richtige Lösungswort zusammen und schickt es per E-Mail an daniel.freund@ep.europa.eu.

Das geht am schnellsten, wenn ihr den QR-Code scannt. Viel Spaß beim Mitmachen und viel Erfolg!

Einsendeschluss ist der 31.05.2023.



Wie viele Lobbyist*innen versuchen in Brüssel, europäische Politik zu beeinflussen?

A) 35.000 B) 15.000 C) 25.000

In welcher EU-Institution gibt es die schwächsten Lobby-Regeln?

A) Im Europaparlament B) Im Ministerrat
C) In der EU-Kommission

Welche Fraktion im Europaparlament treibt aktuell die Arbeit an einem unabhängigen Ethikgremium für die Kontrolle und Durchsetzung von Lobbyregeln am energischsten voran?

A) Die Sozialdemokrat*innen B) Wir Grüne
C) Die Konservativen

Wie viel Prozent ALLER EU-Gelder an Ungarn wurden wegen Korruption und Rechtsstaatsvergehen der Orban-Regierung eingefroren? (Grüner Erfolg!)

A) 68 Prozent B) 12 Prozent C) 33 Prozent

Teilnahmebedingungen: Das Gewinnspiel wird organisiert von Daniel Freund, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel. Abhängig von der Reisedauer besteht der Gewinn aus einer ein- oder zweitägigen Reise nach Brüssel mit Besichtigung des Parlaments, An- und Abreise aus und nach Deutschland sowie der Verpflegung in Brüssel. Einsendeschluss: 31.05.23. Mindestalter für die Teilnahme: 16 Jahre. Gewinner*innen werden per Zufall ausgelost und per E-Mail kontaktiert.

Gewinner*innen müssen in einem Zeitraum von zwei Wochen auf die E-Mail antworten, sonst verfällt der Gewinn. Eure Daten (Name und E-Mail) werden zur Ziehung der Gewinner*innen und dann ggf. zur Organisation der Reise benutzt (Rechtsgrundlage Artikel 6 DSGVO). Nachfragen: daniel.freund@ep.europa.eu



DANIEL FREUND

Mehr zu Lobbyismus in Europa, unserer Arbeit für mehr Transparenz und auch Hinweise zu den Fragen findet ihr auf meiner Website danielfreund.eu



KREISLAUFWIRTSCHAFT VORANTREIBEN!

Mehr als zwölf Monate sind vergangen, seit ich in Brüssel anfang. Fast zeitgleich mit meiner Ankunft begann Putin den grausamen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Es steht fest: Der Krieg wird nur enden, wenn Europa zusammenhält. Denn eines konnte der russische Diktator nicht zerstören: die europäische Solidarität und die Überzeugung, dass nicht nur der Krieg, sondern auch die Abhängigkeit von fossilen Energien enden wird.

Wir müssen aber den Fehler vermeiden, unsere Abhängigkeit von fossiler Energie auf eine Abhängigkeit von anderen Ressourcen zu verlagern. Stichwort: Lithium, Kobalt und Seltene Erden. Diese Rohstoffe sind essenziell, wenn wir uns von Diktatoren unabhängig machen und die Klimaziele erreichen wollen. Deshalb müssen wir sie in eine echte und ehrliche Kreislaufwirtschaft überführen. Europa ist hier gefordert, allen voran wir Grüne.

Unsere politischen Werkzeuge hierfür sind vielfältig:

1. Nachhaltigkeit beginnt beim Design von Produkten – für Unternehmen muss die Wiederverwendbarkeit und Reparierbarkeit an erster Stelle stehen.
2. Um die Recyclingindustrie anzuschieben, brauchen wir verpflichtende Quoten.
3. „Closed-loop“-Geschäftsmodelle erreichen wir durch europaweite Pfandsysteme, die eine hochwertige Sammlung garantieren.
4. Wir müssen die Unternehmen endlich dazu bringen, ihre Verantwortung wahrzunehmen und die Externalisierung ihrer Umweltkosten zu beenden.

Der letzte Punkt ist für mich entscheidend: Wir müssen Umweltzerstörung ein realistisches Preisschild geben. Die Kosten dürfen nicht auf den Schultern der kommenden Generationen lasten.

„Wir müssen Umweltzerstörung ein realistisches Preisschild geben. Die Kosten dürfen nicht auf den Schultern der kommenden Generationen lasten.“

Im Europaparlament arbeite ich dieses Jahr an Gesetzen, die zu Meilensteinen in diesen Bereichen werden können: Das europäische Lieferkettengesetz kann dazu beitragen, die Ausbeutung von Menschen und Umwelt außerhalb Europas zu beenden. Die neue Verpackungsverordnung wird essenziell für ein Ende der Vermüllung des Planeten. Mit der Abfallrahmenrichtlinie können wir Abfallströme in die Kreislaufwirtschaft lenken, und die neuen Regeln für das Ökolabel gegen Greenwashing werden dafür sorgen, dass auch grün drin ist, wo grün draufsteht.



MALTE GALLÉE

Per TikTok, Instagram, LinkedIn, Facebook und durch meinen Newsletter nehme ich euch mit ins Europaparlament. Schaut vorbei: linktr.ee/maltegallee



Mahner in der Wüste, Streiter für die Freiheit

Am 9. November 2022 ist der frühere DDR-Bürgerrechtler und langjährige bündnisgrüne Politiker Werner Schulz gestorben. Wolfgang Templin erinnert an einen Weggefährten und Wegbereiter.

Der Abend des 9. November brachte die Nachricht vom Zusammenbruch und Tod von Werner Schulz. Eine Nachricht, die mich fassungslos machte und förmlich erstarren ließ. Ausgerechnet Werner, dachte ich, bei dem man Erschöpfung und Überarbeitung zwar schon spüren konnte, der aber dennoch vor Leben sprühte, der kämpfte und stritt.

Wir hatten uns noch eine Menge vorgenommen.

Werner ist in einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus in Zwickau aufgewachsen. In die Pionierorganisation und die FDJ trat er nicht ein, doch mit 18 Jahren, kurz vor dem Abitur, geriet er unter Druck: Er sollte eine Resolution unterschreiben, in der die Konterrevolution in Prag verurteilt wurde, ansonsten wäre

ihm sein bevorstehendes Studium verwehrt geblieben. Die Unterschrift, die er widerwillig leistete, hat Werner sich nie verziehen. Danach hätte er gerne Jura studiert, wollte aber den Erwartungen der DDR an Absolventen dieses Faches nicht entsprechen. Werner entschied sich für Lebensmittelltechnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, wo er als Assistent arbeitete und seine Promotion vorbereitete.

Damals begann er, sich in der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung zu engagieren. 1980, kurz vor Abschluss seiner Promotion, protestierte er öffentlich gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan. Selbstachtung und Freiheit waren ihm wichtiger als Karriere und Aufstieg. Die Kündigung folgte auf dem Fuße. Er hatte noch Glück, zunächst in einem Recyclingbetrieb und später in einer staatlichen Hygiene-Inspektion unterzukommen.

In einem Aufsatz beschrieb Werner Schulz die 80er-Jahre und seinen eigenen Weg in dieser Zeit als den „Vorlauf der DDR-Opposition zur friedlichen Revolution.“ Mit einem für ihn charakteristischen Wortspiel wählte er den Titel: „Was lange gärt, wird Wut“.

Es war ein Weg, der ihn einige Jahre später zu einem der Mitbegründer des Neuen Forum werden ließ. Mich hatte ein anderer verschlungener Weg in die Initiative Frie-

den und Menschenrechte geführt. Im Dezember 1989 saß ich Werner am Runden Tisch gegenüber. Er gehörte zu den wenigen Ausnahmetalenten auf unserer Seite: Er hatte den analytischen Verstand des Naturwissenschaftlers, rhetorisches Talent und vertrat leidenschaftlich den Erneuerungsanspruch der Bürgerbewegung.

Uns beiden kam es damals darauf an, die heterogenen oppositionellen Kräfte in der DDR zu bündeln und als „Bündnis 90“ zu einer Partei zu entwickeln. Die Auseinandersetzung über eine für uns und die Grünen notwendige Fusion sah Werner als politischer Realist und sie bestimmte seinen Weg zum Berufspolitiker.

Von 1990 bis 2005 war Werner bündnisgrüner Abgeordneter im deutschen Bundestag, von 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments. In den 90er-Jahren trat er für militärisches Eingreifen in Bosnien und im Kosovo ein. Damit nahm er Positionen vorweg, die sich heute in der Partei weitestgehend durchgesetzt haben. Damals wurde er dafür angegriffen und angefeindet.

Im September 2001 hatte Wladimir Putin einen Auftritt im Bundestag, der von den Abgeordneten mit Begeisterung aufgenommen wurde. Werner verließ als einziger Abgeordneter während Putins Rede den Plenarsaal und ertete dafür das Unverständnis zahlreicher Kolleg*innen. Die Entwicklungen in Osteuropa, in Russland, in Weißrussland, in der Ukraine und in Polen lag uns beiden am Herzen, das hat uns wieder näher zusammengebracht. Gemeinsam schrieben und sprachen wir gegen die Verharmlosung, das Zurückweichen vor dem russischen Regime unter Putin an.

Wie auch immer wir in Zukunft mit dem Symbolcharakter des 9. November umgehen – für mich wird er auch mit dem Abschied von Werner Schulz verbunden bleiben.

Wolfgang Templin war DDR-Bürgerrechtler und Mitbegründer von Bündnis 90. Heute ist er als Publizist tätig. Sein Nachruf auf Werner Schulz ist hier in Auszügen wiedergegeben. Er erschien in voller Länge bei der Heinrich-Böll-Stiftung: www.boell.de/de/2022/11/11/abschied-von-einem-weggefahrten-zum-tode-von-werner-schulz

Bild: imago stock&people

TERMINE

28. April 2023
„Land schafft Zukunft.“
Nach dem erfolgreichen Auftakt in der Rhön im Januar findet im April der zweite Thementag unserer Veranstaltungsreihe „Land schafft Zukunft“ statt. Unter dem Titel „Lebendige Natur?“ widmen wir uns den Themen Umwelt, Klima und Landwirtschaft. Dieses Mal werden die Workshops sowie die anschließende Diskussion ausschließlich digital stattfinden. Weitere Infos folgen!

13. und 14. Mai 2023
Diversitätsrat in Bochum
Der Diversitätsrat berät über Angelegenheiten der Vielfaltspolitik unserer Partei und entwickelt Maßnahmen zur Umsetzung des Vielfaltsstatuts. In unserer Sitzung im Mai möchten wir den Schwerpunkt auf die aktuellen Debatten um Migration, Staatsbürgerschaft und Antirassismus legen und beraten, wie wir die vielfältige und solidarische Gesellschaft gestalten können. Wir wollen außerdem erneut darüber beraten, wie wir die politische Teilhabe von Menschen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status auch in unserer Partei verbessern können.

17. Juni 2023
Länderrat in Frankfurt am Main
In Frankfurt kommen rund 100 Delegierte aus allen Bundesländern für den Länderrat zusammen. Ein Länderrat ist eine Art kleiner Parteitag: mit kürzerer Dauer und weniger Delegierten. Damit können wir die lange Zeit zwischen zwei Bundesdelegiertenkonferenzen überbrücken und dringende politische Fragen debattieren. Der Länderrat kann über einen Livestream verfolgt werden.

IMPRESSUM

Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift
Nr. 20, ISSN 2509-3193
Postvertriebszeichen: A 02908

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Emily Büning, Politische Bundesgeschäftsführerin
V.i.S.d.P.: Zippora Lojenburg

Redaktion, Gestaltung, Produktion:
Anzinger und Rasp, München
Redaktion: Alexandra Bürger, Gero Günther, Johannes Patzig (Leitung)
Gestaltung: Lukas Millinger

Kontakt Redaktion:
E-Mail: magazin@gruene.de
Redaktion: Das Magazin der Grünen, Triftstraße 13, 80538 München

Stand: 30. März 2023

Anzeigenverwaltung:
Runze & Casper Werbeagentur
Ruth Hansmann
Linienstraße 214, 10119 Berlin
Tel.: 030/28 01 80-145
E-Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:
125.000 Exemplare
Dierichs Druck, Kassel, auf 100 % Recyclingpapier.
Den Auflagen von Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein liegen Zeitungen der Landesverbände oder Landtagsfraktionen bei, sowie das Werbemittel der WEtell GmbH.

Jahresabonnement:
Vier Ausgaben: 11,90 Euro
Bestellung schriftlich an: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1 10115 Berlin
Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 7. Juli 2023

grüne SACHWERTE
ökologische Geldanlagen

Grüne Geldanlagen

Neue Wind- und Solarparks in Deutschland, Europa und weltweit

Ihr Partner für ökologische Geldanlagen

Investieren Sie jetzt in die Energiewende!

✓ Wirtschaftlich attraktiv ✓ Ökologisch sinnvoll

Infos: T. 0421 - 59 64 79 60 · www.gruene-sachwerte.de

Ausgabe 2 | 2023

SPAREN

Es geht nicht nur ums Geld – man kann auch Energie, Abfall und Ressourcen sparen. Außerdem ist es nicht immer klug oder effizient, den Rotstift anzusetzen. Mehr über die Balance zwischen Sparen und Investieren im Schwerpunkt von AKP 2/23.

Alternative Kommunal Politik

Weitere Themen:

- Reform der Krankenhausfinanzierung
- Angriffe auf Kommunalpolitiker*innen
- Moorbodenschutz: Win-win – Wiedervernässung
- Planung und Genehmigung von Kiesgruben
- Schottergärten – Mehr Wildnis wagen

Einzelpreis: 13 Euro plus 1,40 Euro Versand

Abopreis (6 Ausgaben): 66 Euro

Bestellen Sie direkt bei uns – auch online: www.akp-redaktion.de

Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.

Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld | Tel. 0521 177517 | akp@akp-redaktion.de



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand

Weil's um mehr als Geld geht.

